

Israelisches Anti-Folter-Gremium verweist Israel an den Internationalen Strafgerichtshof

Lubna Masarwa, middleeasteye.net, 10.06.22

Die Organisation *Public Committee Against Torture in Israel (PCATI)* [Organisation Öffentliches Komitee gegen Folter in Israel] kommt nach 30 Jahren zu dem Schluss, dass die israelischen Behörden nicht interessiert und nicht in der Lage sind, die Misshandlung von Palästinensern zu beenden.

Die *PCATI*-Klage vertritt 17 Klienten, die laut Steiner „sehr schwere körperliche Folter erlitten haben“. „Alle ihre Klagen wurden in Israel abgewiesen. Vielleicht kann vor dem internationalen Gerichtshof endlich Gerechtigkeit für sie erreicht werden“, sagte sie.

Ein israelisches Gremium zur Bekämpfung von Folter hat das eigene Land vor den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verwiesen, nachdem es zu dem Schluss gekommen war, dass Israel „weder daran interessiert, noch in der Lage ist, die Anwendung von Folter gegen Palästinenser:innen zu beenden“.

Das *Public Committee Against Torture in Israel (PCATI)* erklärte am Freitag, es habe gefordert, dass Israelis, die an Folterungen beteiligt sind, im Rahmen einer Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten vor Gericht gestellt werden.

Sie erklärte, dass sie nach 30 Jahren des Kampfes gegen die Folter „zu dem bedauerlichen Schluss“ gekommen sei, dass Israel nicht gewillt sei, die Folter zu beenden, die Vorwürfe der Opfer ehrlich zu untersuchen und die Verantwortlichen zu verfolgen.

„Für uns ist dies heute ein notwendiger und obligatorischer Schritt in unserem Kampf um das moralische Ansehen der israelischen Gesellschaft und um der Gerechtigkeit für die von uns vertretenen Opfer willen“, hieß es in einer Erklärung..

Die 1990 gegründete *PCATI* vertritt Israelis, Palästinenser:innen, Flüchtlinge und Migrant:innen, die in Haft gefoltert und unmenschlich oder erniedrigend behandelt wurden, und setzt sich für deren Schutz ein.

PCATI wies darauf hin, dass über 1.300 Beschwerden von Folteropfern bei den israelischen Strafverfolgungsbehörden eingereicht wurden, in der Überzeugung, dass das System seine Pflicht erfüllen, faire und

umfassende Untersuchungen durchführen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. Dies habe jedoch zu keinerlei Anklagen geführt - auch nicht in Fällen, in denen „eindeutige Beweise für schwerwiegende Rechtsverstöße“ vorgelegt wurden, so die Gruppe.

Israel hat bereits erklärt, dass es nicht mit den Untersuchungen des IStGH zusammenarbeiten wird.

„Das Gesetz in Israel unterstützt die Kultur der Lüge und der Vertuschung, die noch immer im Sicherheitssystem existiert“, sagte der PCATI.

Die Geschäftsführerin von *PCATI*, Tal Steiner, erklärte gegenüber *Middle East Eye*, dass die Anrufung des internationalen Gerichtshofs ein sehr radikaler Schritt sei.

„Nach 30 Jahren haben wir verstanden, dass das israelische Gerichtssystem nicht willens und nicht in der Lage ist, Veränderungen herbeizuführen. Sie haben eine Kultur der Straffreiheit“, sagte sie. „Wir sind die erste israelische Organisation, die einen solchen Schritt unternimmt, und wir erwarten sehr heftige und unangenehme Reaktionen.“

Die PCATI-Klage vertritt 17 Klienten, die laut Steiner „sehr schwere körperliche Folter erlitten haben“. „Alle ihre Klagen wurden in Israel abgewiesen. Vielleicht kann vor dem internationalen Gerichtshof endlich Gerechtigkeit für sie erreicht werden“, sagte sie.

Im Gegensatz zur Palästinensischen Autonomiebehörde hat Israel das Römische Statut des IStGH nicht unterzeichnet, was nach Ansicht des Landes bedeutet, dass das Gericht dort keine Zuständigkeit hat.

Im März 2021 begann der IStGH-Ankläger jedoch offiziell mit der Untersuchung von Kriegsverbrechen, die mutmaßlich in den besetzten palästinensischen Gebieten begangen wurden - sowohl von Israel als auch von palästinensischen Gruppen wie der Hamas.

Im April 2022 reichten die *Internationale Journalisten-Föderation*, das *Palästinensische Journalisten-Syndikat* und das *Internationale Zentrum für Gerechtigkeit für Palästinenser:innen* eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof ein (1), in der es heißt, dass Israels „systematische Angriffe“ auf palästinensische Journalisten und das Unterlassen von Ermittlungen zu deren Ermordung Kriegsverbrechen darstellen.

Als die israelischen Streitkräfte letzten Monat die Al Jazeera-Journalistin Shireen Abu Akleh in Dschenin töteten, bat die Palästinensische Autonomiebehörde den IStGH, ihren Fall zu den anderen mutmaßlichen Verbrechen hinzuzufügen, die untersucht werden (2).

Der IStGH leitet dort Untersuchungen ein, wo die nationalen Behörden nicht in der Lage oder nicht willens sind, Missbrauchsvorwürfen nachzugehen. Israel hat bereits erklärt, dass es nicht mit den Untersuchungen des IStGH zusammenarbeiten wird.

Der *PCATI*-Antrag wird in Zusammenarbeit mit der *International Federation for Human Rights (FIDH)* [Internationalen Föderation für Menschenrechte] eingereicht, einer Organisation, in der 192 Menschenrechtsorganisationen aus der ganzen Welt zusammengeschlossen sind.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/israel-anti-torture-body-refers-international-criminal-court>

1. <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-icc-complaint-filed-systematic-targeting-journalists>
2. <https://www.middleeasteye.net/news/palestine-foreign-minister-icc-shireen-abu-akleh-killing>